Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

159 (11.7.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. VI. 3365.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 159 — **Donnerstag, den 11. Juli 1935** — **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Durchführungsverordnung zum Kraftfahrsteuergesetz bringt ab 1. August weitere Erleichterungen.

*

Der Reichsernährungsminister hat eine Verordnung über den deutschen Seidenbau erlassen.

*

Im Juni hat die Zahl der Arbeitslosen um 142 000 abgenommen und ist erstmals unter die Zwei-Millionengrenze gefallen.

*

In Rom wird der unmittelbar bevorstehende Beginn des Krieges gegen Abessinien dementiert, es seien 400 000 Mann notwendig. Auch in Abessinien wird die Lage ruhig beurteilt.

*

Der großen außenpolitischen Debatte im englischen Unterhaus mit einer ersten Rede des Außenminister am Donnerstag, wird in Paris und Rom mit Spannung entgegengesehen, weil Englands Politik zum Ostafrikakonflikt festgelegt wurde.

*

Ein im Memelländer-Prozeß Verurteilter ist im Kownoer Zuchthaus gestorben. Die Todesursache wird nicht bekanntgegeben.

*

Vom 10.—12. Juli hält die internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalsozialisten ihren zweiten „Internationalen Nationalistenkongreß" in London ab. Am Mittwoch fand eine Reihe von Vorträgen statt.

*

Die Sowjetregierung hat der von japanischer Seite vorgeschlagenen Bildung eines fernöstlichen Grenzausschusses zugestimmt.

*

Die Hitzewelle in Amerika hat neuerdings 24 Todesopfer gefordert.

*

In der Ortschaft Choron bei Kattowitz brach ein Brand aus, dem 25 Wohnhäuser, 32 Scheunen und 40 Stallungen zum Opfer fiel.

*

Marineminister Swanson gab bekannt, daß das amerikanische Flottenbauprogramm für 1936/37 zwölf Zerstörer, sechs U-Boote und möglicherweise ein Schlachtschiff umfasse.

*

Das gesamte Hartkohlengebiet von Pennsylvanien ist von dem Hochwasser überflutet. Der Sachschaden im Staate Newyork wird auf 25 Millionen Dollar geschätzt.

Der österreichische Bundestag billigte am Mittwoch die Aufhebung der Habsburger Gesetze.

Ein im Memelländerprozeß Verurteilter im Kownoer Zuchthaus gestorben

DNB. **Tilsit,** 11. Juli. Der memelländische Lehrer Schirrmann, der seinerzeit im Memelländer-Prozeß zu Zuchthaus verurteilt wurde, ist, obgleich er bisher kerngesund war, am Montag im Kownoer Zuchthaus verstorben. Auf die dringende Anfrage seiner Angehörigen nach der Todesursache wurde die Auskunft verweigert.

Verordnung über den deutschen Seidenbau

Berlin, 10. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat auf Grund des Reichsnährstandsgesetzes eine Verordnung über den deutschen Seidenbau erlassen, die jetzt im Reichsgesetzblatt verkündet wird. In dieser Verordnung erhält der Reichsnährstand für Regelung der Gewinnung, der Verwertung und des Absatzes von deutschen Seidenkokons unter Berücksichtigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls eine Reihe von Ermächtigungen.

Die Verordnung soll dazu dienen, im Rahmen der Erzeugungsschlacht auf den deutschen Seidenbau und die Seidenkokonserzeugung zu steigern. Die langjährigen Versuche in Deutschland, erfolgreichen Seidenbau zu betreiben, scheiterten schließlich alle mehr oder weniger daran, daß es an einer straffen und einheitlichen Ueberwachung der Erzeugung und Verwertung der Seidenbauerzeugnisse gefehlt hat. Die neue Verordnung setzt vor allem auch den Reichsnährstand in die Lage, unter den Raupen seuchenartig auftretende Krankheiten zu verhüten.

Abessinien verlangt Waffeneinfuhr zur Landesverteidigung

Noten an die europäischen Mächte.

DNB. **Addis Abeba,** 10. Juli. Die abessinische Regierung hat an die diplomatischen Vertreter von Frankreich, England und Belgien auch an die Tschechoslowakei, Schweden und Dänemark, gleichlautende Noten gerichtet, in denen sie die Ausübung des Verbotes der Waffenlieferungen dieser Länder verlangt. Abessinien bezieht sich in den Noten auf den Vertrag vom 21. August 1930, der eine Regierung ermächtigt, Waffen und Munition, die zur Landesverteidigung und gegen einen äußeren Angriff notwendig sind, einzuführen. In den Noten wird die Notwendigkeit der Waffeneinfuhr damit begründet, daß Kriegsgefahr eingetreten sei und die Erklärung Mussolinis und der italienischen Presse offen auf einen Eroberungskrieg abzielten. Trotz Schiedsgericht, heißt es weiter, setze Italien seine Mobilisierung fort und schaffe Truppen und Munitionsmengen an die abessinische Grenze. Das Land sei daher aus Gründen der Selbstverteidigung zur Waffeneinfuhr gezwungen, und ein Verbot sei mit der Neutralität gegenüber beiden Ländern unvereinbar.

Abessinien habe die Einberufung des Völkerbundsrates verlangt, weil die italienischen Schiedsrichter in Scheveningen die Erörterung der Rechtsfrage von Ual-Ual abgelehnt hätten und einer gewaltsamen Lösung zustrebten.

*

Die Kabinettssitzung in London

DNB. **London,** 10. Juli. In der Kabinettssitzung am Mittwoch wurde die abessinische Frage besprochen, sowie die Linie, die Sir Samuel Hoare in seiner Unterhausrede am Donnerstag inne halten soll. Weiter wurde das Ersuchen Lloyd Georges besprochen, seine New Deal-Vorschläge veröffentlichen zu können, die bekanntlich zurzeit noch dem Kabinett vorliegen.

Preß Association meldet, daß der Außenminister in seiner Rede eine Gesamtübersicht über die europäische Lage geben wolle. Dies sei darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Abgeordneten nicht nur den abessinischen Streit, sondern auch das Flottenabkommen und das Luftlocarno zu besprechen wünschten.

*

London weiter um friedliche Regelung des Abessinienstreitfalles bemüht

DNB. **London,** 10. Juli. Der liberale Abgeordnete Mander fragte im Unterhaus: „Will der Außenminister der italienischen Regierung vorhalten, daß es in der italienisch-abessinischen Streitfrage eine Angelegenheit der Ehre und lebenswichtiger Belange für England ist, unsere Verpflichtungen unter der Völkerbundssatzung zu erfüllen?" Eden antwortete: „Ich glaube der Abgeordnete bezieht sich auf die Möglichkeit, daß Italien in Nichtachtung seiner Verpflichtungen unter der Völkerbundssatzung zum Krieg schreiten sollte. Diese Lage hat sich nicht ergeben, und ich hoffe ernstlich, daß sie sich nicht ergeben wird. Die britische Regierung ist entschlossen, sich weiterhin mit den Regierungen anderer Länder zu bemühen, eine Regelung dieses Streites durch friedliche Mittel herbeizuführen".

*

Abreise aus Scheveningen

Haag, 10. Juli. Die meisten Teilnehmer an dem ergebnislos abgebrochenen italienisch-abessinischen Schlichtungsverfahren haben haben bereits am Mittwoch Scheveningen wieder verlassen. Vor der Abreise wurden von seiten beider Parteien der Presse Erklärungen über den Inhalt der aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten abgegeben, die im Großen und Ganzen eine Bestätigung des schon bekannten Sachverhaltes bilden.

Ruhige Beurteilung der Lage in Abessinien

Addis Abeba, 10. Juli. Entgegen verschiedenen, in Umlauf gesetzten Nachrichten, wonach sich die Lage an den abessinischen Grenzen so verschärft habe, daß man in Addis Abeba beinahe stündlich mit der Eröffnung der Feindseligkeiten durch Italien rechne, kann festgestellt werden, daß hier von solchen unmittelbar bevorstehenden militärischen Absichten Italiens nichts bekannt ist. Es sei nichts eingetreten, was die Lage plötzlich verändert habe. Daß diese als sehr ernst angesehen werden müsse, und seit langem gewisser Vorsichtsmaßnahmen bedürfe, sei bekannt.

*

Italien benötigt 400 000 Mann

für Ostafrika

London, 10. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" glaubt zu wissen, daß die italienischen Befehlshaber in Afrika Mussolini mitgeteilt hätten, sie könnten einen erfolgreichen Angriff nicht mit weniger als 400 000 Mann durchführen. Mussolini habe dieser Schätzung zugestimmt. Die gegenwärtige Stärke der Streitkräfte in Erytrea und Italienisch-Somaliland betrage sicher nicht mehr als die Hälfte dieser Zahl. Daher könnten Meldungen von einer baldigen italienischen Offensive als unbegründet bezeichnet werden. Ferner behauptet der diplomatische Korrespondent, Mussolini wolle eine militärische Oberherrschaft in Abessinien nach dem Vorbild der französischen in Marokko errichten. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, habe den Wunsch geäußert, daß die Großmächte alles tun sollten, um ein Einvernehmen zu erzielen, bevor die Frage vor den Völkerbund komme. Er sei sich der Gefahr einer Zerstörung des ganzen Völkerbundssystems durch eine unbesonnene oder übereilte Handlung durchaus bewußt. In London werde erklärt, auf den Zusammenbruch der Schlichtungsverhandlungen in Scheveningen sollte nicht zu viel Gewicht gelegt werden. Spätestens würde der Völkerbundsrat am 25. August zusammenzutreten haben, falls keine Vereinbarung erreicht sei.

*

Auszug aus Ostafrika

Britische, amerikanische und italienische Staatsangehörige verlassen Abessinien

London, 10. Juli. Der Korrespondent des „Daily Expreß" in Addis Abeba meldet: Am Dienstag nachmittag fuhr ein mit britischen, amerikanischen und italienischen Männern, Frauen und Kindern dicht besetzter Eisenbahnzug von der Hauptstadt ab. Sie verlassen das Land wegen der drohenden Kriegsgefahr. In drei Wagen befanden sich kleine Mädchen, die italienische Väter und abessinische Mütter haben; sie standen unter der Obhut römisch-katholischer Nonnen. Sie kommen aus einem Stift in Addis Abeba. Die Zweigstellen der Schule im Innern des Landes sind angewiesen worden, die Zöglinge nach Addis Abeba zu schicken, wo sie unter den Schutz der italienischen Gesandtschaft gestellt werden. Auf die Frage, warum Italien der Sicherheit dieser Kinder gemischten Blutes so viel Wichtigkeit beimesse, erwiderte ein italienischer Beamter: Sie sind die künftigen Mütter einer neuen und edleren Generation, die das bisherige Abessinien bewohnen wird. Ferner berichtet der Korrespondent: Die meisten ausländischen Firmen in Addis Abeba geben keinen Kredit mehr, und infolgedessen ist das Geschäftsleben vollkommen lahmgelegt. Ein abessinischer Beamter erklärte, man erwarte jeden Augenblick einen italienischen Angriff. Abessinien werde lieber bis zum letzten Mann kämpfen, als sich ergeben. Abessinien sei gezwungen, die starken italienischen Truppenzusammenziehungen an den Grenzen mit eigenen Truppenzusammenziehungen zu beantworten.

Gegen die Verleumder der Bevölkerungspolitik

Ein Erlaß des Reichsinnenministers

In letzter Zeit war wiederholt festzustellen, daß der Widerstand, den einzelne Kreise gewissen, auf nationalsozialistischer Weltanschauung beruhenden Gesetzen bewußt entgegensetzen, systematisch organisiert worden ist. Eine solche Hetze, wie z. B. gegen das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, entspringt nicht so sehr einer Ablehnung des Grundgedankens, der bekanntlich in zahlreichen anderen Ländern bereits Zustimmung und Nachahmung gefunden hat, als vielmehr oft lediglich dem Wunsch, mit dem Widerstand gegen das Gesetz auch die nationalsozialistische Bewegung zu treffen und das erwachende Rassebewußtsein des Volkes zu unterdrücken.

Der Reichs- und preußische Minister des Innern hat, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, in einem Erlaß an die zuständigen Behörden darauf hingewiesen, daß einer Hetze gegen das Gesetz energisch entgegenzutreten und in den bekannt werdenden Fällen Strafanzeige wegen Verstoßes gegen Paragraph 110 des Reichsstrafgesetzbuches oder gegen das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform vom 20. Dezember 1934 (Reichsgesetzblatt 1, 1269) zu erstatten ist. In dem Erlaß wird besonders hervorgehoben, daß auch die Aufforderung, die unter das Gesetz fallenden Personen sollten den gesetzlichen Geboten bei Verfahren auf Unfruchtbarmachung nicht freiwillig nachkommen, vielmehr nur dem unmittelbaren polizeilichen Zwange weichen, als eine Hetze gegen das Gesetz anzusehen ist. In diesem Zusammenhang weist der Reichs- und preußische Minister des Innern darauf hin, daß das für alle geltende Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses auch nach den Bestimmungen des Konkordats von jedem deutschen Katholiken zu beachten ist.

Wieder 142 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 10. Juli. Obwohl im Juni die Antriebsmomente für den Arbeitseinsatz nicht mehr stark zu sein pflegen, weil die Versorgung der Außenberufe mit Arbeitskräften schon in den vorhergehenden Monaten im wesentlichen durchgeführt ist, und der zusätzliche Kräftebedarf der Landwirtschaft für die Ernte im allgemeinen erst später fühlbar wird, brachte der Juni ds. Js. im Gegensatz zu der Entwicklung in den Vorjahren eine kräftige Abnahme der Arbeitslosen.

Ihr Zahl ging weiter um 142 000 auf 1 877 000 zurück. Im Vorjahre brachten die Monate Mai und Juni nur eine Entlastung um 80 000, bzw. 48 000 Arbeitslose, d. h. zusammen kamen in diesen beiden Monaten 128 000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern in Abgang, während in diesem Jahre im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 356 000 zurückging.

Bei der geringeren Aufnahmefähigkeit der Außenberufe ist der diesjährige stärkere Rückgang überwiegend auf die wirtschaftliche Belebung der mehr von dem Konjunkturablauf abhängigen Berufsgruppen zurückzuführen. Waren in den ersten Jahren der Arbeitsschlacht die Außenberufe die hauptsächlichsten Träger der Entlastung, so gewinnen jetzt die mehr vom Konjunkturablauf abhängigen Berufsgruppen für den Arbeitseinsatz immer stärker an Bedeutung. So hat in der Jahresspanne vom 30. Juni 1934 bis zum 30. Juni 1935 die Arbeitslosigkeit in den Außenberufen nur um 165 000, in den anderen Berufsgruppen hingegen um rund 439 000 abgenommen.

Am Rückgang der Arbeitslosigkeit waren — wie im Vormonat — alle Bezirke und fast alle Berufsgruppen beteiligt.

Den stärksten Rückgang hatte mit 21 400 der Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland Es folgen Brandenburg mit einer Abnahme von 20 600, Sachsen um 15 400, Mitteldeutschland um 14 900 und Nordmark um rund 13 000.

Um den Bedarf an Arbeitskräften besonders für die Landwirtschaft sicherzustellen, wurden die Notstandsarbeiten weiter eingeschränkt. Die Zahl der von der Reichsanstalt geförderten Notstandsarbeiter ging um 44 000 auf 203 000 zurück. Sie liegt damit um mehr als 400 000 unter dem Höchststand von rund 630 000 Notstandsarbeitern, die Ende März 1934 beschäftigt worden sind. Es ist also in hervorragendem Maße gelungen, die Zahl der zusätzlich beschäftigten Volksgenossen bei gleichzeitig weiterer erheblicher Senkung der Arbeitslosenzahl planmäßig herabzudrücken und die mit staatlichen Mitteln geförderte Arbeit durch Arbeit in der freien Wirtschaft zu ersetzen.

Mit dem weiteren Sinken der Arbeitslosenzahl haben auch die Unterstützungseinrichtungen eine entsprechende Entlastung erfahren. Insgesamt wurden in den drei Unterstützungseinrichtungen Ende Juni 1935 rund 1 388 000 Unterstützte gezählt, während Ende Mai rund 1 482 000 Personen in Unterstützung standen. Die Unterstützungseinrichtungen sind demnach im Berichtszeitpunkt von rund 94 000 Personen weniger in Anspruch genommen als im Vormonat. In der Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 251 000 oder 26 000 weniger als im Vormonat, in der Krisenfürsorge wurden 716 000 das sind 23 000 weniger als im Vormonat als Unterstützte gezählt. In der öffentlichen Fürsorge standen am 30. Juni 1935 421 000 arbeitslose anerkannte Wohlfahrtsunterstützungsempfänger laufend in Unterstützung, das sind 45 000 weniger als im Vormonat. Die Entlastung der öffentlichen Fürsorge ist also im Berichtsmonat wieder recht erheblich gewesen.

Weitere Steuererleichterungen für Kraftfahrzeuge

Berlin, 10 Juli. Der Reichsfinanzminister hat, wie NdZ. meldet, eine umfangreiche neue Durchführungsverordnung zum Kraftfahrzeugsteuergesetz erlassen. Sie bringt in 78 Paragraphen nicht nur eine Anpassung der Materie an die neue Reichsstraßenverkehrsordnung und die neue Auffassung von der Notwendigkeit der Förderung des Kraftfahrzeugverkehrs überhaupt, sondern auch zahlreiche weitere Erleichterungen. Die Durchführungsbestimmungen, die am 1. August im wesentlichen in Kraft treten, bringen zunächst für die alten Personenwagen insofern eine günstigere Regelung, als nunmehr alte Personenwagen schon von 2400 ccm Hubraum an, soweit sie länger als fünf Jahre in Betrieb sind, nach ermäßigten Steuersätzen versteuert werden können; bisher lag die Grenze bei Wagen mit mehr als 3500 ccm. Darüber hinaus sind die Vergünstigungsbestimmungen für Kriegsbeschädigte ausgebaut. Gleiche Vergünstigungen wie für sie werden neu eingeführt für die Opfer des nationalen Freiheitskampfes, soweit sie Versorgung nach dem entsprechenden Reichsgesetz bekommen. Auch die Bestimmungen für Erleichterungen bei Zivilbeschädigten sind günstiger gefaßt worden, sowie schließlich die Erleichterungen für landwirtschaftlich genutzte Kraftfahrzeuge. Die Interessenten können die Einzelheiten der Neuregelung bei den Finanzämtern erfragen.

Die Kraftfahrzeugsteuer hat, wie das NdZ. ergänzend meldet, noch immer eine wesentliche praktische und fiskalische Bedeutung. Neben den Lastkraftwagen, die in jedem Falle der Steuer unterliegen, umfaßt sie auch noch fast 400 000 alte Personenwagen in Deutschland. Das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer, das im Vorjahre noch immer 145 Millionen RM. betrug, wird für 1935 nicht wesentlich geringer geschätzt.

Die Durchführungsbestimmungen klären auch die steuerliche Erhebung für neue Personenkraftwagen, die gleichzeitig zur Beförderung von Lasten verwendet werden. Diese sogenannten Kombinationswagen sollen dann steuerfrei sein, wenn der zur Lastenbeförderung beanspruchte Raum des Personenwagens eine Fläche von 2 Quadratmeter nicht überschreitet. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft bis 1. April 1933, so daß damit auch alle schwebenden Steuerstreitigkeiten auf diesem Gebiete ihre Erledigung finden.

Fahrzeugbauprogramm der Reichsbahn

Berlin, 10. Juli. Das vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn auf der letzten Sitzung in Saarbrücken genehmigte Fahrzeugbauprogramm für das erste Halbjahr 1936 sieht die Beschaffung von 2200 Fahrzeugen aller Art vor. 86 Dampflokomotiven für Schnellzugs- und Nebenbahndienste, 27 elektrische Lokomotiven für das umfangreich gewordene elektrifizierte Netz und 48 Klein-Lokomotiven für den Verschiebedienst auf kleinen Bahnhöfen sollen den Lokomotivbestand ergänzen. Von den 53 Betriebs- und Beiwagen für elektrifizierte Strecken sind 48 Wagen als Vermehrung für die Berliner S-Bahn bestimmt. Zum weiteren Ausbau des Triebwagendienstes werden 106 Triebwagen und Beiwagen mit eigener Kraftquelle der verschiedensten Bauart beschafft. Der Personenwagenpark soll durch 288 D-Zug-Wagen und 142 sonstige Personenwagen, der Güterzugpark durch 849 Güterwagen verschiedener Gattungen ergänzt werden. Ferner werden 60 Gepäckwagen für D-Züge und 9 Bahndienst-Wagen in Auftrag gegeben. Der Bestand an Straßenkraftfahrzeugen soll sowohl durch Personenwagen-Fernverkehr auf den Reichsautobahnen wie durch Lastkraftwagen mit Anhängern, ferner durch 10 Straßenfahrzeuge zur Güterwagenbeförderung nebst 10 Schleppern vermehrt werden.

Verleumdung der SA.

Der Kirchenbrandstiftung und Kirchenschändung bezichtigt

Recklinghausen, 10. Juli. Am Dienstag, 25. Juni, fanden Kirchenbesucher in der Pfarrkirche zu Borken in Westfalen in der Kreuzkapelle einen Beichtstuhl und einen Altar brennend vor. Man alarmierte sofort den an der Kirche wohnenden Küster, dem es gelang, den Brand im Keim zu ersticken. Bei näherer Besichtigung fand man außerdem, daß ein Altar und die Oelbergkapelle in nicht wiederzugebender Weise beschmutzt worden waren.

Unmittelbar nach der Tat faßte in der Bevölkerung das Gerücht Fuß, daß als Täter nur Angehörige der SA.-Schule Vehlen in Frage kommen könnten. Es meldeten sich sogar Zeugen, die gesehen haben wollen, daß SA.-Männer um die Tatzeit die Kirche besucht hätten. Es wurde aber bald festgestellt, daß diese unbegründeten und verleumderischen Gerüchte bewegungsfeindlichen Kreisen entsprangen. Nach weiteren eingehenden Ermittlungen der Staatspolizeistelle gelang es, als Täter den 37 Jahre alten Mensing aus Borken-Stadt zu ermitteln und festzunehmen. Mensing, der zu den häufigsten Kirchenbesuchern gehört und Mitglied des Cäcilienvereins ist, also deshalb unauffällig die Kirche besuchen konnte, hat am Sonntag, 7. Juli, nach anfänglichem Leugnen eingestanden, die Brandstiftung und Beschmutzung begangen zu haben. Die ruchlose Tat, die in weiten Kreisen des Münsterlandes berechtigtes Aufsehen und Empörung hervorgerufen hatte, hat somit ihre Aufklärung gefunden. Interessant und bemerkenswert erscheint noch die Tatsache, daß der Täter sich von einer befreundeten Familie ein Alibi besorgt hatte, das jedoch dem Ermittlungsergebnis nicht standhielt. Der Täter befindet sich im Polizeigefängnis Recklinghausen. Er wird dem zuständigen Amtsgericht zum Erlaß eines Haftbefehls vorgeführt werden.

Erweiterung des Geheimnisschutzes

Im kommenden deutschen Strafrecht wird der Geheimnisschutz eine Erweiterung erfahren, gleichzeitig aber auch eine der Volksanschauung entsprechende Beschränkung erfolgen. Unter den Geheimnisschutz fallen die Verletzung des Privatgeheimnisses und der Verrat fremder Geheimnisse durch Arzt, Apotheker, Rechtsanwalt und ihre Gehilfen. Neu gegenüber dem geltenden Recht ist einerseits die Erstreckung der Geheimnispflicht und des Strafschutzes auf das nach dem Tode des Verpflichteten von dem Verstorbenen oder aus dessen Nachlaß erlangte Geheimnis. Auf der anderen Seite ist eine besondere Ausnahme von der Geheimnispflicht und dem Strafzwang vorgesehen. Der Täter ist straffrei, wenn er ein solches Geheimnis zur Erfüllung einer Rechtspflicht oder einer sittlichen Pflicht oder sonst zu einem nach gesunder Volksanschauung berechtigten Zweck offenbart und wenn das bedrohte Rechtsgut gegenüber dem durch die Offenbarung verletzten Rechtsgut überwiegt.

Bei den Angriffen auf fremdes Eigentum wird im künftigen Strafrecht zwischen zwei Haupttatbeständen unterschieden: Raub, Diebstahl und Treubruch. Die Tatbestände des Raubes und des Diebstahls sind im wesentlichen entsprechend dem geltenden Recht gestaltet. In der Frage des Treubruches, zu dem auch die meisten Unterschlagungsdelikte gehören, war die Strafrechtskommission bestrebt, den Grundgedanken des Treubruches, den Verratsgedanken als einen wesentlichen Bestandteil der nationalsozialistischen Sitten- und Rechtsordnung herauszuarbeiten.

Neue Frühkartoffelpreise ab 12. Juli

DNB. **Berlin,** 10. Juli. Im Verkündungsblatt des Reichsnährstandes Nr. 51 vom 11. Juli veröffentlicht der Vorsitzende der Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelbauwirtschaft die ab 12. Juli 1935 geltenden neuen Frühkartoffelpreise. Darnach betragen die Erzeugerpreise für Speisefrühkartoffeln ab 12. Juli 1935

a) für lange gelbe Sorten mindestens 6.50, jedoch nicht mehr als 7.— RM.,
b) für runde gelbe Sorten mindestens 6.10, jedoch nicht mehr als 6.60 RM.,
c) für blaue, weiße und rote Sorten mindestens 5.70, jedoch nicht mehr als 6.20 RM.

Die Preise verstehen sich je Zentner, und zwar im geschlossenen Anbaugebiet waggonfrei Verladestation oder frei Bezirksabgabestelle, im nichtgeschlossenen Anbaugebiet waggonfrei Verladestation oder frei Abgabestelle am Erzeugungsort.

Angleichung der Kleinhandelspreise für ausländische und inländische Frühkartoffeln

Berlin, 10 Juli. Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit: Für ausländische Frühkartoffeln ist zur Zeit ein Preis von 13 Pfg. je Pfund als angemessen anzusehen. Die mit dem Handel mit ausländischen Frühkartoffeln befaßten Wirtschaftskreise müssen sich darauf einstellen, daß mit Beginn der nächsten Woche die Kleinhandelspreise für ausländische Frühkartoffeln angeglichen werden, da die Preisbildung der Auslandskartoffeln diese Angleichung ermöglicht.

Erhöhte Einfuhrpreise für italienische Zitronen

Berlin, 10. Juli. Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit: Die Einfuhrpreise für italienische Zitronen sind in der Zeit von Ende Mai bis Anfang Juli von 42 auf 95 Lire je Kiste gestiegen. Als Grund für diese Steigerung wird der geringe Ernteausfall in Italien sowie der starke Bedarf der italienischen Armee angegeben. Trotz der Maßnahmen der Preisüberwachungsstellen ist hiernach eine Preissteigerung der Zitronen auf den deutschen Märkten unvermeidbar gewesen. An die Verwendung deutscher Obsäfte zur Limonadenherstellung und deutschen Weinessigs zur Salatzubereitung wird erinnert. Deutsche Fruchtsäfte und deutscher Weinessig stehen reichlich zu billigen Preisen zur Verfügung.

Der Reiseverkehr zwischen Oesterreich und Südslawien unterbunden

DNB. **Wien,** 10. Juli. Das Paßamt der Wiener Polizeidirektion hat den Blättern mitgeteilt, daß auf Weisung höherer Stellen von Mittwoch mittag an nach Südslawien keine Ausreisebewilligungen mehr erteilt werden, auch wenn die bisher verlangte Bestätigung erfüllter Steuerpflicht beigebracht wird. Damit ist der gesamte Reiseverkehr von Oesterreich nach Südslawien unterbunden.

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

22. Fortsetzung

Man hat sich bei Begegnungen im Treppenhaus stumm gegrüßt.

Bis gestern.

Da hatte Ploni — denn nur so war Fräulein Steidinger als Köchin stets gerufen worden — Wanda angesprochen und ihr erzählt, daß sie sich entschlossen habe, ein Wiener Kochbuch herauszugeben unter Preisgabe ihrer berühmten, bisher sorglich als Berufsgeheimnis gehüteten Spezialrezepte.

Und zwar bitte sie Fräulein Kleemann, diese abzutippen, sowie auch Stil und Ortographie zu verbessern und schließlich auch ein Vorwort zu verfassen. Sie, die Ploni, wolle diese Arbeit gern glänzend honorieren.

Nicht nur, weil sie durchaus zahlungsfähig, sondern auch deshalb, weil ihr Wanda schon die ganze Zeit über vom Sehen so lieb, das Klappern ihrer Maschine so vertraut geworden sei.

Und nun ist sie also zur ersten Besprechung erschienen.

Pünktlich um 7 Uhr.

Mit ein paar abgegriffenen, mit Fettflecken verzierten, blauen Schulheften unter dem Arm und einer, mit einem blütenweißen Tuch verhüllten Schüssel in der Hand.

„I denk, wir fangert mit den Möllspeisen an", sagt sie, und nimmt gewichtig Platz.

„Wie Sie wollen", entgegnet Wanda ganz geschäftlich, ohne vorerst jedoch auch nur eine blasse Ahnung zu haben, welchen Begriff der sie als Fremdwort anmutende Ausdruck „Möllspeisen" deckt.

„Alsdann, in dem Heftl da san Knödel und Strudelrezepte, hier Nudeln, Buchteln, und da wieder Taschkerln und Auflaufe ... wo i den Kaiserschmarrn aufg'schrieben hab, was i jetzt selbst net, aber des finden S', wenn S' Ihna das mal erscht durchschaun, gell? Und überall, wo S' a Kreizl finden, das san die allerfeinsten Spezialitäten. I mecht dann, daß S' zu die Überschriften immer noch was Extraes schreiben, a la Steidinger oder a la Appolonia, verstengens?"

„Ich werde mich bemühen", versichert Wanda, obgleich sie sich dieser Materie gegenüber viel unsicherer fühlt, als philatelistischen oder rechtswissenschaftlichen Aufsätzen, Filmexposés, Übersetzungen aus dem Englischen, Französischen oder Italienischen und Werbeschriften über Tod und Teufel.

„Und damit S' glei an Animo kriagen, hab i Ihna a Kostproben bracht von a Millirahmstrudel a la Steidinger."

Damit lüftet Wandas neue Kundin das Tuch von der Schüssel und enthüllt eine leckere Süßspeise, deren Dimensionen die Bezeichnung „Kostprobe" nicht rechtfertigen.

„Mmmmm", sagt Wanda genüßlich und zieht den die Magennerven angenehm reizenden Duft dieses Kunstwerkes einer Wiener Köchin durch ihr Stupsnäschen ein.

„I hab's ja gleich g'wußt, daß Sie was von dera Sachen verstengen, Fräulein Kleemann", äußert die Ploni befriedigt.

„Ja, aber ich kann doch dieses Gedicht von einem Kuchen nicht so einfach als Geschenk annehmen, Fräulein Steidinger, oder ... soll das vielleicht auf Verrechnung gehen?"

„Jesses Maria und a Stückl Josef!"

Ploni schlägt in heller Empörung die Hände über dem Kopf zusammen. „Was Ihna net einfallen tut! I wer Ihna doch noch etwas offerieren derfen, oder net?"

„Natürlich, Fräulein Steidinger ... und es ist sehr lieb von Ihnen ... ich freue mich und danke auch schön."

„Des is wieder alles nicht nötig. Tun S' net groß danken und so, sondern essen S' ihn z'samm den Strudel ... mit Ihrichter Freundin, die was aussieht wie a kleine Erzherzogin, aber deswegen doch a wengerl spitz im G'sicht is."

„Meine Freundin hat Sorgen, Fräulein Steidinger ..."

„Na, die hammer ja allemitanand ... und dagegen hilft halt allweil am besten a tulli Papperl."

„Vielleicht haben Sie recht ..."

„Ganz b'stimmt. Und drum tu i ja auch das Kochbuch schreiben. So was brauchen die Menschen ... und ganz b'sonders in dem tamischen Berlin, wo's gar so narvios san. Wer aber nach meinen Rezepten schnabuliert, wird glei anders aus die Augen gucken, und dann siecht ihm die Welt a wieder g'spaßiger an ..."

„Das Geheimnis des Erfolges. Gesundheit, Zufriedenheit und ein langes, glückliches Leben verbürgt Appolonia Steidingers Wiener Kochbuch", deklamiert Wanda lachend.

„Na aber so was! Wie S' das glei raushaben, so hochdeutsch und gebildet ...!"

Ploni ist enthusiasmiert. „Wissen S', Fräulein Kleemann, i mach' dann noch an extra Vertrag mit Ihnen und tu Sie beteiligen an die Tanktiemen, was das Kochbuch einbringen tut. Und das wird a G'schäft. Verlassen S' Ihna drauf. I kenn' mi aus beim Wurschtkessel!"

Davon sind Wanda, Lucie und Holzer durchaus überzeugt, als sie eine halbe Stunde später dem Wiener Strudel alle Ehre antun und Appolonia Steidinger hochleben lassen.

Nichts stört die harmlose Fröhlichkeit der Stunde.

Es wird an nichts gerührt, das Unstimmigkeiten herbeiführen könnte. Lucie ist weicher als sonst, Wanda so unbekümmert wie noch nie seit dem Sandersschen Konkurs, und aus Holzers treuen Augen strahlt die Zufriedenheit über die geglückte ... List!

* * *

Am anderen Tage erfährt er aber einen nicht geringen Schreck, als Wieland ihm einen Akt reicht, den er gestern vergessen hatte wegzusperren. Das war, als er es so eilig hatte, mit den fünfhundertfünfundsiebzig Mark zu Lucie zu kommen, um mit diesem Geld ihre Sorgen zu lindern.

Bestürzt sieht er auf das Aktenstück, das für einen flüchtigen, oberflächlichen Blick sich weiter nicht von jenen unzähligen anderen unterscheidet, die in den Schränken der Kanzlei aufgestapelt sind.

Es hat einen dunkelblauen Pappdeckel mit einem weißen Schild, darauf die Namen der Parteien, durch einen schrägen Strich getrennt, vermerkt sind. Aber eben die Namen, die dieser bisher sorglich unter eigenem Verschluß und vor jedem dritten Auge verborgen gehaltene Akt trägt, machen ihn zu einem besonderen.

(Fortsetzung folgt.)